

Antragsbereich A / **Antrag A1**

**AntragstellerInnen:** *Arbeitsgemeinschaft für Arbeit Bayern*

**Empfänger:** *Kl. Landesparteitag  
Bundesparteitag Bundestagsfraktion  
Landtagsfraktion Die zuständigen  
sozialdemokratischen Bundesminister*

**Empfehlung der Antragskommission:** *Annahme in geänderter Fassung*

**A1: Bekenntnis zu einem starken Öffentlichen Dienst**

Wir fordern die Verantwortlichen in Bund, Land und Kommunen, insbesondere die SPD-Vertreter in Bundes- und die Landesregierungen sowie in den kommunalen Verwaltungen auf, massiv in die materielle und personelle Ausstattung des öffentlichen Dienstes zu investieren.

Die SPD-Vertreter\*innen haben bei Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst darauf hinzuwirken, dass die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes erheblich gesteigert wird. Daher müssen insbesondere in Sachen Entgelt, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen massive Verbesserungen erzielt werden, um das bestehende Personal zu halten und neues zu gewinnen und so die Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Hand, die Handlungsfähigkeit des Staats und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands aufrechterhalten zu können.

Die Transformation der Wirtschaft, die Modernisierung der Infrastrukturen, der Abbau von Bürokratie, die Daseinsvorsorge und moderne und gerechte Verwaltungen brauchen einen handlungsfähigen

öffentlichen Dienst. Um dies sicherzustellen, bedarf  
25 es dringend notwendiger Investitionen. Die großen  
Herausforderungen an das Personal müssen sich in  
Form von Entlastung sowie angemessenen Entgelt  
und Arbeitsbedingungen niederschlagen.

30 Deshalb müssen die SPD-Vertreter\*innen der öf-  
fentlichen Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen  
bereits zu Verhandlungsbeginn einen fachlich an-  
gemessenen und konsensfähigen Vorschlag in die  
Verhandlungen einbringen, anstatt zunächst ihre  
35 Beschäftigten leeren Händen zu brüskieren. Die  
SPD-Vertreter\*innen der öffentlichen Arbeitgeber  
haben in den Verhandlungen konstruktiv darauf hin-  
zuwirken, dass ein tragfähiger und wertschätzender  
Konsens mit der Arbeitnehmenseite zustande  
40 kommt, der eine zukunftsfähige Antwort auf Überlas-  
tung und Personalnot und eine Bekenntnis für einen  
handlungsfähigen Öffentlichen Dienst gibt.

Die Verantwortlichen in Kommunen, Ländern und  
45 im Bund haben darüber hinaus gesetzgeberisch und  
durch Verwaltungshandeln dafür Sorge zu tragen,  
dass der öffentliche Dienst eine Vorreiterrolle, was  
Attraktivität, Entgelt, Arbeitszeit, Arbeitsorganisation  
und Arbeitsbedingungen angeht, einnimmt. Das gilt  
50 ebenso für Weiterbildung und Aufstiegsmöglichkei-  
ten. Angesichts der vielfältigen Zukunftsaufgaben  
brauchen die Kolleg\*innen außerdem personelle  
Verstärkung.

55 Alle staatlichen Ebenen sind gefordert, eine gesell-  
schaftliche Debatte über die Zukunft des öffentlichen  
Dienstes zu eröffnen. Es darf nicht hingenommen

werden, diesen als Last für Wirtschaft und Gesellschaft abzuqualifizieren. Der Öffentliche Dienst ist das  
60 Fundament unseres Staates.

### **Begründung**

Der öffentliche Dienst steht in Anbetracht des demografischen Wandels und des akuten Fach-  
65 kräftemangels vor großen Herausforderungen: im öffentlichen Dienst von Bund, Ländern und Kommunen sind aktuell insgesamt über 300.000 Stellen unbesetzt. In Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern waren im Herbst 2023 bis zu 30 Prozent  
70 der Stellen nicht besetzt. In den nächsten zehn Jahren müssen, da viele Beschäftigte altersbedingt ausscheiden, rund 1,4 Millionen Stellen neu besetzt werden. Dieser voraussehbare Personalnotstand gefährdet die Handlungsfähigkeit von Staat und Verwaltung.

75

Im Gegensatz zu anderen Ländern investiert Deutschland relativ wenig in den Öffentlichen Dienst. Im Vergleich zu anderen EU-Staaten erbringt der deutsche öffentliche Dienst seine Leistungen mit  
80 einem der geringsten Beschäftigtenanteil an der Gesamtbeschäftigung. Die mehr als fünf Millionen Beschäftigten haben den Staat allen Widrigkeiten zum Trotz während der Pandemie funktionsfähig und am Laufen gehalten. Dies verdient nicht nur  
85 unser aller Respekt, sondern auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Sie brauchen dringend Verstärkung. Ein derartiges Leistungsniveau lässt sich aber angesichts der anstehenden Zukunftsaufgaben und des demographischen Wandels ohne Investitionen in Ausstattung und vor allem in qualifiziertes  
90 Personal nicht aufrechterhalten. Im Öffentlichen

Dienst knirscht es an allen Ecken und Enden. Ob in KITAS, Krankenhäusern, der Verwaltung oder bei den Stadtwerken: Personalmangel, Arbeitsverdichtung, fehlende Investitionen oder schlecht durchgeführte Digitalisierungsprozesse führen dazu, dass der Druck auf die Beschäftigten steigt. Selbst für Führungspositionen wird es immer schwerer, Personal zu finden.

100 Dieser Fachkräftemangel schlägt sich nicht nur auf die Dienstleistungsqualität nieder, sondern hemmt auch das Wachstum: Genehmigungsverfahren, Digitalisierung oder Entwicklungsprogramme kommen nur schleppend langsam voran und Zukunftsprojekte verzögern sich teilweise um Jahre.

Die sinkende Attraktivität der Arbeitsplätze und der Personalnotstand sind das Ergebnis fiskalpolitischer Entscheidungen vergangener Jahre. Hier muss gehandelt werden und eine bedarfsgerechte Finanzausstattung erfolgen.

Um unser Land zukunftsfähig bleibt – sei es Daseinsvorsorge, Digitalisierung, Energiewende oder Transformation – müssen die notwendigen Modernisierungen dringend angepackt werden! Innovationen und Investitionen dürften nicht länger aufgeschoben werden. Es brauche neue Trassen, um die Verkehrs- und Energiewende voranzubringen. Investiert werden müsse ins Gesundheitssystem und in die Sicherheit. Daher braucht es massive Investitionen in die Stärkung des öffentlichen Dienstes, um diese Projekte voranzubringen. Die öffentliche Hand muss nachhaltiger finanziert und personell besser ausgestattet werden. Spätestens seit Pandemiebeginn

ist der Öffentliche Dienst an seiner Belastungsgrenze angelangt, was sich nicht nur in steigenden Mehrarbeitszeiten, sondern auch in zunehmenden Wartezeiten für Privat- und Geschäftskunden manifestiert. Planungs- und Genehmigungsverfahren dürfen keine langen Jahre mehr in Anspruch nehmen und Zukunftsinvestitionen verhindern.

Auch auf der Einnahmenseite sind Investitionen in Personal unabdingbar. Dem deutschen Staat entgehen beispielsweise alleine wegen Steuerhinterziehung im Jahr geschätzt 125 Milliarden Euro an Einnahmen – Geld, das dem Staat wegen zu wenig Personal verloren geht!

Ein Staat, der die Herausforderungen der Zukunft bewältigen soll, braucht einen funktionsfähigen Öffentlichen Dienst. Er muss diesen entsprechend finanziell ausgestattet sein und große Anstrengungen und Investitionen tätigen, um mit attraktiven Arbeitsbedingungen neues Personal zu gewinnen. Daher muss sich die SPD für bessere und wettbewerbsfähige Entgelte, aber auch für bessere Arbeitsbedingungen für eine höhere Attraktivität der Arbeitsplätze einsetzen.